

Das christliche Bewußtsein Amerikas und der Vietnamkrieg

Die inneramerikanische Debatte über Vietnam ist wirr und leidenschaftlich; dennoch kann man vier Hauptformen des Verständnisses und der Kritik der Politik der Vereinigten Staaten unterscheiden.

1. Die Pazifistische Form. Für den Anhänger eines absoluten Pazifismus ist es eine a priori feststehende Überzeugung, daß dieser Krieg unmoralisch ist. Seine moralische Pflicht besteht darin, diese Tatsache sichtbar zu machen. Seine Methode dazu ist im wesentlichen veranschaulichend. Er muß die Leiden, die Brutalität und die Zweideutigkeit darlegen, die dieser Krieg mit sich bringt. Da ihn in erster Linie das moralische Verhalten dessen interessiert, der ihn repräsentiert, hebt er die Fehler seiner eigenen Regierung hervor. Die Fehler des Feindes entkräften seine Beweisführung nicht; ja letztlich verstärken sie sie noch. Der Krieg ruft Grausamkeiten hervor. Er kann kein gutes Ergebnis haben.

2. Die legale Form. Der Legalist betrachtet die «formalen Kriterien juridischer Art, aufgrund deren sich bestimmen läßt, welches Verhalten Staaten erlaubt ist». Daher rühren die komplizierten Beweisführungen über die genaue Art des Genfer Abkommens und Amerikas Beitritt zu ihm, die man in den USA zu hören bekommt. Kriegsgegner unter den Legalisten weisen auf die fehlende Bestätigung der UN hin oder argumentieren, das Unternehmen sei verfassungswidrig, da niemals formell der Krieg erklärt worden sei. Die Regierung spricht vom SEATO-Pakt¹ und verschiedenen Versprechungen, die sie den einzelnen südvietnamesischen Regierungen gegeben hat. Einander widersprechende juristische Ausschüsse beschuldigen oder entschuldigen die Vereinigten Staaten unter Berufung auf Grundsätze des internationalen Rechtes. Hinter den Argumenten der Legalität steht ein starker moralischer Impuls und eine nationale Tradition: letztlich Wilsons Auffassung über die Regelung internationaler Streitfragen. Ist einmal über

Recht oder Unrecht im juristischen Sinne entschieden, so sind alle übrigen Aspekte sekundär.

3. Die internationalistisch-realistische Form. Sie operiert mit Begriffen wie «nationales Interesse», «Gleichgewicht der Kräfte» und «Einflußsphären», betrachtet sie als unerläßlich und daher in einer alles andere als vollkommenen Welt als moralisch annehmbar. Mit ihrer offenen Anerkennung der Rolle der Macht in den internationalen Beziehungen bedeutet sie eine Kritik am Pazifismus wie am Legalismus, gerät damit aber auch in den Verdacht, zynisch und rücksichtslos eine reine «Machtpolitik» zu rechtfertigen. Doch durch ihre Anerkennung der Notwendigkeit von Kompromissen bedeutet sie auch eine Kritik am totalen Krieg und an der Kreuzzugsmentalität; so gesehen, wird sie als Stütze einer Mäßigungs- und Verhandlungslösung begrüßt.

Wenn die internationalistisch-realistische Form der Beurteilung ihre schärfste Aufmerksamkeit auf Einzelheiten des sachlichen Befundes richtet, stößt sie damit bei der Mobilisierung der öffentlichen Meinung auf harte Grenzen. Im Streit zwischen unabhängigen Wissenschaftlern und Regierungsexperten neigt die breite Öffentlichkeit dazu, den letzteren den Vorteil mangelnder Gegenbeweise zugute zu halten. Die Vertreter der internationalistisch-realistischen Betrachtungsweise scheuen aber auch vor einseitigen Aktionen, vor allem unter Einsatz größerer Kräfte, zurück. Da sie immer irgendeine Art formeller oder formloser Verhandlungsverfahren fordern, sind sie natürlich tief in die Diskussionen über die Versäumnisse Washingtons und Hanois in der Aufnahme von Verhandlungen hineingeraten.

4. Die revolutionistische Form. Internationale Politik ist eine Ausweitung der Dynamik nationaler Revolutionen. Die moralische Qualifikation eines Standpunktes bestimmt sie danach, ob er sich an den revolutionären oder an den konterrevolu-

tionären Kräften orientiert. Für grundsätzliche Gegner der amerikanischen Interventionspolitik ist die Nationale Befreiungsfront die Kraft in Vietnam, die sowohl den Willen des Volkes als auch die Möglichkeit zu einer Modernisierung der Wirtschaft des Landes repräsentiert; die Vereinigten Staaten haben eingegriffen, weil sie aus Gründen kapitalistischen Selbstschutzes oder einer Kommunistenpsychose ganz allgemein dazu neigen, in aller Welt revolutionäre Kräfte zu unterdrücken. Die Parteigänger der Regierungspolitik sehen Revolutionen als Verlust der Freiheit und nicht so sehr als nationale Kundgebungen oder Weckung von Kräften der Entwicklung. Sie sehen ferner Vietnam als Teil in einer weitergefaßten Politik mit dem Ziel, die Kommunisten daran zu hindern, Teile der «freien Welt» abzuschneiden oder die Ordnung der Welt umzustürzen.

In der religiösen Antwort auf die Frage nach diesem Krieg sind alle vier Formen der Stellungnahme zu Wort gekommen. Pazifistische Gruppen wie die «Protestant Fellowship of Reconciliation» und die «Catholic Peace Fellowship» waren die führenden Kräfte unter den Kriegsgegnern der Anfangsphase. Ihre Tendenz war, sowohl die Brutalität des Krieges als die Illegalität des amerikanischen Eingreifens, wie den illegitimen Charakter der verschiedenen Saigoner Regierungen und schließlich das Recht der Vietnamesen zur Selbstbestimmung ohne ausländische Einmischung hervorzuheben. Verfechter der Theorie vom gerechten Krieg oder des internationalistisch-realistischen Standpunktes im religiösen Lager richteten ihre Aufmerksamkeit namentlich auf die von amerikanischer und südvietnamesischer Seite eingesetzten Mittel und Methoden der Kriegführung. Sie äußerten ihre Bedenken über die Anwendung der Folter, die großen Verluste unter der Zivilbevölkerung und die Gefahr, daß durch Luftangriffe unterschiedslos auch nichtmilitärische Ziele getroffen würden. Manche schlossen sich den Befürwortern der Aufnahme von Verhandlungen an; und wenn sie auch nicht den pazifistischen Standpunkt teilten, so beteiligten sie sich doch nicht selten an der Verteidigung pazifistischer Nonkonformisten, wie etwa der jungen Leute, die ihren Stellungsbefehl verbrannten oder des Paters Daniel Berrigans SJ, den seine Oberen schließlich nach Lateinamerika schickten, um seiner Tätigkeit als militanter Kriegsgegner ein Ende zu machen.

Ihren Höhepunkt erreichte die erste Phase der Vietnam-Diskussion im Frühjahr 1965: Im April

unterschrieben 2500 Geistliche einen offenen Brief an Präsident Johnson, in dem Feuereinstellung und Aufnahme von Verhandlungen gefordert war. Und im Mai fand ein vom nationalen Fernsehen übertragenes *teach-in*² zu diesen Fragen in Washington statt. Doch inzwischen waren zwei weitere Ereignisse eingetreten, die möglicherweise bereits den Beginn einer neuen Phase der Diskussion bedeuteten – beide noch enttäuschender und Lage wie Problemstellung noch mehr verschärfend.

Das erste war die Erklärung des Präsidenten, daß die Vereinigten Staaten zur «bedingungslosen» Aufnahme von Verhandlungen bereit seien. Von nun an mußten sich Kritiker, die weniger als einen einseitigen Rückzug forderten, zumindest in einem Teil ihrer Argumentation auf die Voraussetzung stützen, Hanoi sei verhandlungsbereit, und auf der anderen Seite die Aufrichtigkeit des Angebotes der Vereinigten Staaten in Zweifel ziehen. Dieser Weg führte schließlich in ein Dickicht diplomatischer Details, in das die Öffentlichkeit kaum folgen konnte.

Das zweite Ereignis war die amerikanische Intervention in der Dominikanischen Republik. Sie demonstrierte die Entschlossenheit der Regierung, erneut Aktionen gleicher Art zu unternehmen wie die, welche in den Sumpf der Vietnam-Affäre geführt hatten. Plötzlich verschob sich der Brennpunkt der Diskussion vom Einzelfalle Vietnam auf die gesamte Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Die revolutionistische Auffassung gewann schnell neue Anhänger. Einige christliche Kreise, die besonders an der Politik der Vereinigten Staaten in Lateinamerika interessiert waren, begannen zu glauben, daß nur ein Sieg des Vietkong in Südostasien einen radikalen Wandel der amerikanischen Außenpolitik herbeiführen könne.

Die Eskalation ging weiter. Die Kirchen begannen offiziell Stellung zu nehmen. Im Dezember 1965 rief die Generalversammlung des Nationalen Rates der Kirchen zu einer Handlungsregelung auf, die «Südvietnam von jeder fremden Einmischung» befreien und «ihm die volle Freiheit» geben sollte, «die Art seiner künftigen Regierung durch eine friedliche, freie und überprüfte Wahl des Volkes zu bestimmen». Sie forderte die Vereinigten Staaten auf, sich zu «einem stufenweisen Rückzug all ihrer Truppen und Basen vom vietnamesischen Territorium» bereitzufinden, «wenn und sobald sie durch entsprechende internationale Friedensstreitkräfte ersetzt werden könnten». Derselbe Vorschlag wurde einen Monat später in einer poli-

tischen Stellungnahme des Amerikanischen Synagogenrates gemacht. Keine der beiden Stellungnahmen brachte eine direkte Verurteilung der amerikanischen Politik; da sie aber im Zusammenhang mit der nachdrücklichen Feststellung der Regierung, alle Schritte für einen Frieden seien unternommen worden, an die Öffentlichkeit traten, hatten sie den Charakter einer Kritik.

Die katholischen Bischöfe gaben im folgenden November (1966) ein Hirtenschreiben über den Frieden und Vietnam heraus. Es war noch zurückhaltender als die protestantischen oder jüdischen Stellungnahmen und bildete praktisch eine ausdrückliche Unterstützung der Kriegspolitik: «Wir können mit gutem Gewissen den Standpunkt unseres Landes unter den gegenwärtigen Umständen teilen.» Das Hirtenschreiben betonte die persönliche Verantwortlichkeit bei der moralischen Beurteilung des Krieges und warnte vor den moralischen Grenzen bei allen Fragen der Kriegführung. «Es ist jedermanns Pflicht, nach anderen Alternativen zu suchen. Und jedermann – die führenden Männer der Regierung ebenso wie die Bürger – muß zu einem Kurswechsel bereit sein, sobald die Umstände ihn rechtfertigen... Und wir müssen in aller Klarheit protestieren, sobald die Gefahr besteht, daß der Konflikt über die moralisch tragbaren Grenzen hinaus ausgedehnt wird.» Wiederum war das Entscheidende der Zusammenhang, in dem das Schreiben erschien: Für die traditionell antikomunistisch eingestellte katholische Hierarchie war es bemerkenswert, daß solche Bedenken in Kriegszeiten so stark betont wurden. Doch die Sprache, in der dies geschah, war allgemein und abstrakt: Wenn einmal der Augenblick kommen sollte, in dem die katholischen Christen nicht länger «guten Gewissens» den Standpunkt ihres Landes «teilen» könnten, ließe sich dieser Wandel durch irgend etwas in der Stellungnahme der Bischöfe motivieren? Man wird an Camus Klage erinnert: «Was die Welt von den Christen erwartet, ist, daß die Christen laut und deutlich sprechen...» Sie sollten die Abstraktionen aufgeben und sich dem blutbefleckten Antlitz stellen, das die Geschichte heutzutage bekommen hat.

2500 christliche und jüdische Geistliche haben bewußt versucht, Camus Aufforderung zu folgen, als sie auf einem im Januar 1967 in Washington stattfindenden Treffen ihre Unterschrift unter eine Stellungnahme zum Krieg setzten. Sie bestritten «die moralische Zulässigkeit der Kriegführung in Vietnam, ... bei der die Verluste unter der Zivil-

bevölkerung größer sind als unter den Soldaten..., bei der der verbreitete Einsatz von Napalm und anderen Sprengstoffen Frauen, Kinder und alte Leute tötet und verstümmelt... Unsere weitere Eskalation bringt den Krieg keineswegs seinem Ende näher, sondern dient nur dazu, seine Härte und Verbissenheit zu steigern...»

Die von katholischen Laien herausgegebene Wochenzeitschrift «Commonweal» erklärte in ihrer Ausgabe vom 23. Dezember 1966: «Die Vereinigten Staaten sollten sich aus Vietnam zurückziehen..., selbst wenn dadurch ein kommunistischer Sieg in Kauf genommen werden muß... Der Krieg in Vietnam ist ungerecht..., und was dort geschieht, ist trotz der zweifellos guten Absichten derer, die es tun, ein Verbrechen und eine Sünde.» Vielleicht noch strenger war der Protest von «Christianity and Crisis», einer protestantischen Zeitung, die 1941 gegründet worden war, um den amerikanischen Isolationismus zu bekämpfen, und die wohlbekannt war für ihre weitgehende Anerkennung der unvermeidlichen Mehrdeutigkeit aller politischen Probleme. Im März 1966 erklärte sie in einem Leitartikel, der Krieg in Vietnam wirke «destruktiv auf das Volk, dem wir zu helfen behaupten, auf den Frieden der Welt und unsere wohlverstandenen Interessen». Die von diesen beiden Zeitungen bezogenen Stellungen sind kennzeichnend für das Umschwenken bedeutender christlicher Verteidiger einer internationalistisch-realistischen Beurteilung von einer Kritik an einzelnen in Vietnam praktizierten Formen der Kriegführung zu einer offenen Verurteilung des Krieges als ungerecht.

Das Erscheinen Martin Luther Kings in den Reihen der Kriegsgegner im April 1967 hat möglicherweise eine weitere Phase in der Vietnam-Diskussion gekennzeichnet. King ist im tiefsten Grunde Pazifist, und diese Tatsache erklärt, daß seine Äußerungen eine Mischung aller nur denkbaren Einwände gegen den Krieg darstellen. Die Kriegsgegner, die immer verzweifelter werden, je länger der Krieg dauert und je mehr er sich ausweitet, kümmern sich weniger um intellektuelle Folgerichtigkeit ihrer Anschauungen als darum, die verschiedensten Gruppen der Bevölkerung – Farbige, Arme, Studenten, religiöse Gruppen – zu einer gemeinsamen Opposition zu bringen.

Diese Stimmen des Widerstandes mögen eindrucksvoll sein, doch muß anerkannt werden, daß die große Mehrzahl der Christen Amerikas hinter der Kriegspolitik steht. Einige setzten sich sogar mit

größter Begeisterung dafür ein, und ihr Standpunkt ist durch das sarkastische Schlagwort der Kriegsgegner karikiert worden: «Bring einen Commie um für Christus!» Die meisten aber nehmen den Krieg hin als eine harte – und moralische – Verpflichtung. Über die Möglichkeiten verfügen, die Errichtung des kommunistischen Regimes in einem weiteren Land zu verhindern, und dies nicht tun, wäre in ihren Augen eine Zurückweisung moralischer Verantwortung.

Doch die Amerikaner sind zutiefst beunruhigt durch den Vietnamkrieg. Das ist weiter nicht überraschend, nicht allein, weil die militärischen Tugenden in Amerika nicht hoch im Kurs stehen, sondern – und das ist bedeutend maßgeblicher – weil die Schrecken eines Krieges in Übersee der Bevölkerung in der Heimat selten mit einer so grauenerregenden Klarheit bekannt geworden sind. Wenn die Massenmedien in den Vereinigten Staaten häufig die Worte der Regierung über die diplomatischen Aspekte des Krieges anerkannt haben, so haben sie auf der anderen Seite nichtsdestoweniger ein erbarmungsloses Bild der schrecklichen Zerstörung übermittelt: verbrannte und verzerrte Körper vietnamesischer Kinder, die Demoralisierung der vietnamesischen Gesellschaft. Umfragen der Meinungsforschung in Amerika ergeben, daß die meisten Bürger der Vereinigten Staaten damit rechnen, daß der Krieg in «einer Kompromiß-

regelung» endet und nicht in einem «eindeutigen, klaren Sieg» und daß sie bereit sind, sich damit zufriedenzugeben.

Aber auf keinen Fall ein neues kommunistisches Regiment! Das ist der moralische Imperativ, der im Letzten maßgeblich bleibt. Solange die Regierung die Amerikaner davon überzeugen kann, daß eine eingeleitete Aktion absolut notwendig ist, um das zu verhindern, sind sie offenbar bereit, ihre Zustimmung zu geben. Konzessionen sind möglich, aber nur bis zu einem gewissen Punkt. Eine Eskalation steht, «wenn sie notwendig ist», virtuell offen.

Alles Reden von Verhandlungen, Abmachungen oder Rückzug steht der unerschütterlichen Tatsache des Antikommunismus gegenüber. Trotz der Milliardenhilfe der Vereinigten Staaten an Jugoslawien bleibt der Antikommunismus in der Beurteilung der Außenpolitik durch die Öffentlichkeit eine absolute Größe. So sehr, daß er zu einem Idol geworden ist. Die erste Aufgabe der Kirchen besteht, so sollte man denken, darin, gegen Idole zu predigen. Doch gegen dieses Idol haben sie nicht gepredigt. Ja sie haben sogar häufig genug zu seinem Kult ermutigt. Die Kirchen müssen deutlich erkennen, wohin das führt, und klar und einfach dazu Stellung nehmen: «Den Widerstand gegen den Kommunismus zu einem absoluten Wert hochspielen, in dessen Namen alles getan werden darf, heißt einem falschen Gott Blutopfer bringen.»

PETER STEINFELS

Geboren am 15. Juli 1941 in Chicago. Er studierte an den Universitäten Loyola (Chicago) und Columbia (New York), 1964 Master of Arts, bereitet sich auf das Philosophiedoktorat vor. Als Historiker und Journalist ist er Mitherausgeber von *Commonweal*, wo er u. a. seinen Aufsatz *Peace and Reality* veröffentlicht hat.

¹ SEATO = South East Asian Treaty Organization (Organisation des Südostasienspaktes), gegründet 1954 von den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Australien, Neuseeland, Thailand, den Philippinen und Pakistan zur Verteidigung Südostasiens und des Pazifischen Raumes.

² Teach-in, unübersetzbarer amerikanischer Ausdruck für eine – meist öffentliche – Diskussion zwischen Professoren und Studenten, vornehmlich über Themen, die außerhalb des eigentlichen Lehrplanes liegen. (D. Übers.)

Übersetzt von Karlhermann Bergner